



Nachrichten zum Terror und zum israelisch-palästinensischen Konflikt

(30. August – 05. September 2017)

Überblick

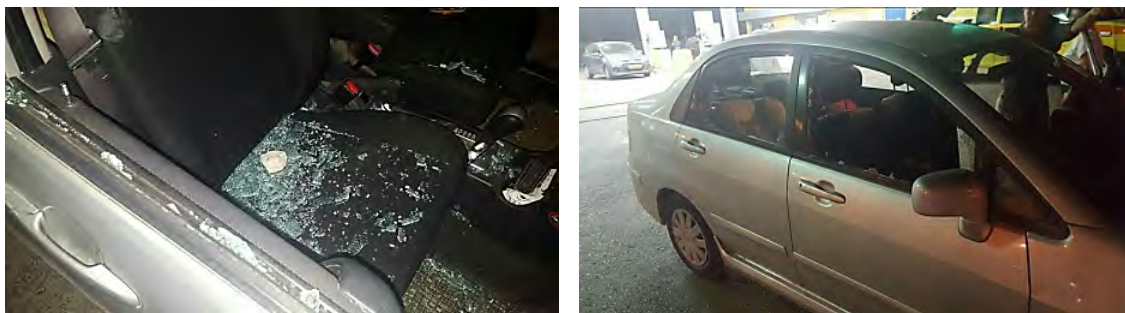
- ▶ Während der vergangenen Woche wurden keine bedeutenden Angriffe in Judäa und Samaria verübt und es wurden keine Raketen aus dem Gazastreifen abgefeuert. Die israelischen Sicherheitskräfte setzten ihre Anti-Terror- und Aufdeckungsaktivitäten fort. In diesem Rahmen wurde der Radiosender Manbar al-Harija, der dem al-Harija-Kommunikationsnetzwerk angehört und aus Hebron sendet, geschlossen. Laut eines IDF-Sprechers wurde der Sender wegen seiner Propagandasendungen, die regelmäßig seine Zuhörer zu terroristischen Handlungen ermutigen, geschlossen.
- ▶ Die wirtschaftliche Not und die Stromkrise im Gazastreifen halten weiter an. Bei ihrem Besuch im Gazastreifen sprachen der **UN-Generalsekretär und der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz** die humanitäre Krise an. Bei einem Treffen von **Yahya Sinwar** mit Vertretern des Geschäftssektors betonte er die Bemühungen der Hamas, die wirtschaftlichen Probleme der Bewohner des Gazastreifens zu lösen.
- ▶ Vehemente Reaktionen von der palästinensischen Seite auf ein Dekret, das Verteidigungsminister Avigdor Lieberman in Bezug auf die **Einrichtung einer unabhängigen Behörde für kommunale Dienstleistungen für die Bewohner der jüdischen Siedlung in Hebron** unterzeichnet hat. Gemäß den palästinensischen Äußerungen steht die Einrichtung einer eigenen Behörde in Hebron im Gegensatz zu internationalen Resolutionen und sei ein Versuch, die israelische Souveränität vor Ort zu stärken.

Die Situation in Judäa und Samaria

Demonstrationen und Ausschreitungen

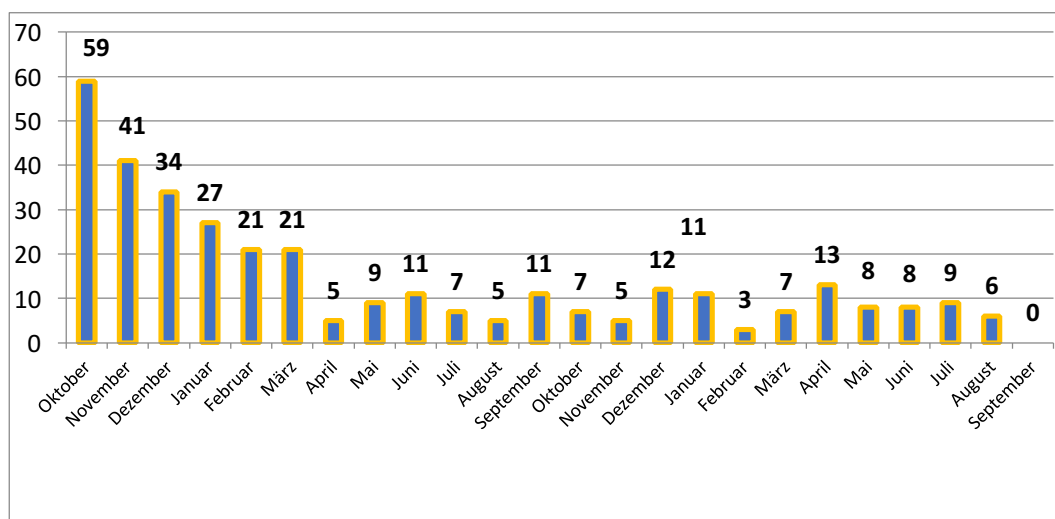
- ▶ Die Demonstrationen und Ausschreitungen in Judäa und Samaria wurden fortgesetzt. Dabei handelte es sich überwiegend um Vorfälle, bei denen Steine und Molotow-Cocktails geworfen wurden. Die israelischen Sicherheitskräfte vereitelten eine Reihe von Angriffen und nahmen mehrere dutzend Terrorverdächtige fest.
- ▶ Im Folgenden einige nennenswerte Ereignisse:
 - ◆ **Am 4. September 2017** wurden während einer Operation der israelischen Sicherheitskräfte **im Dorf Ni'lin** (Region Benjamin) verschiedene Kampfmittel, darunter eine improvisierte Waffe, Munition und Patronen, entdeckt (Facebook-Seite von MivzakLive/Red Alert, 4. September 2017).
 - ◆ **Am 3. September 2017** warfen Palästinenser Steine und Molotow-Cocktails auf eine IDF-Einheit, die im Dorf **Deir Abo Maschal** (nordwestlich von Ramallah) tätig war. Ein IDF-Soldat wurde leicht verletzt (Facebook-Seite von MivzakLive/Red Alert, 3. September 2017).
 - ◆ **Am 2. September 2017** wurden Schüsse aus einem vorbeifahrenden Fahrzeug auf ein israelisches Fahrzeug abgefeuert, das in der Nähe des Dorfes **Schukba** (nordwestlich von Ramallah) fuhr. Es gab keine Verletzten und keine Schäden (Facebook-Seite von MivzakLive/Red Alert, 2. September 2017).
 - ◆ **Am 1. September 2017** unternahmen israelische Sicherheitskräfte eine groß angelegte Operation, um Waffen im **Dorf Bet Ur al-Fawqa** (westlich von Ramallah) aufzuspüren. In einem der Häuser wurden fünf improvisierte Waffen und militärische Ausrüstungen gefunden (Facebook-Seite von MivzakLive/Red Alert, 1. September 2017).
 - ◆ **Am 1. September 2017** wurden Steine auf einen israelischen Bus geworfen, der auf der **Straße zwischen Gusch Etzion und Hebron** fuhr. Es gab keine Verletzten. Der Bus wurde beschädigt (Facebook-Seite von MivzakLive/Red Alert, 1. September 2017).

- ◆ **Am 1. September 2017** wurden Steine auf ein israelisches Fahrzeug in der Nähe der **Höhle der Patriarchen in Hebron** geworfen. Es gab keine Verletzten und keine Schäden (Facebook-Seite von MivzakLive/Red Alert, 1. September 2017).



Israelische Fahrzeuge, die nordöstlich von Ramallah von Steinen getroffen wurden
(Twitter-Account von al-Risala, 28. August 2017)

Bedeutende Angriffe in Judäa, Samaria und Jerusalem im vergangenen Jahr¹



Die Schließung eines Radiosenders in Hebron

► Israelische Sicherheitskräfte schlossen den Radiosender Manbar al-Harija, der dem al-Harija-Kommunikationsnetzwerk angehört und von Hebron aus sendet. Zudem wurden Ausrüstungen beschlagnahmt. Laut eines IDF-Sprechers wurde der Sender wegen seiner Propagandasendungen, die regelmäßig seine Zuhörer zu terroristischen Handlungen ermutigen, geschlossen (IDF-Sprecher, 31. August 2017). Das palästinensische Ministerium für Kommunikation verurteilte die israelische Schließung des Radiosenders und rief dazu auf, die

¹ Als bedeutende Angriffe bewerten wir Schuss-, Auto- und Messer-Angriffe, das Platzen von Sprengsätzen oder kombinierte Angriffe. Das Werfen von Steinen und Molotow-Cocktails ist hier nicht mit inbegriffen.

Pressefreiheit durch die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zu verteidigen (al-Quds al-Arabi, 1. September 2017). Zur gleichen Zeit sprach der Direktor der Senders, Ayman al-Kawasme, mit Medienvertretern und sagte, dass die Schließung der Station auf "barbarische Art und Weise" durchgeführt wurde. Al-Kawasme beschuldigte die Palästinensische Autonomiebehörde und die Einheitsregierung, dass sie den Institutionen und Bewohnern der A-Gebieten, die unter ihrer Kontrolle stehen, keinen Schutz bieten (al-Quds Nachrichten, 31. August 2017).² Am 4. September 2017 gab das Kommunikationsnetz al-Harija bekannt, dass es einen neuen Radiosender namens Manbar al-Quds eingeweiht habe und dass dieser von demselben Ort und mit demselben Team weiter senden wird, an dem der geschlossene Sender gearbeitet hatte (Netzwerk al-Harija, 4. September 2017).



Ayman al-Kawasme, Direktor des Manbar al-Harija Senders, während eines TV-Interviews mit dem TV-Kanal von Filastin al-Yawm, der mit der Organisation Islamischer Dschihad in Palästina assoziiert ist (Facebook-Seite des Netzwerks al-Harija, 2. September 2017)

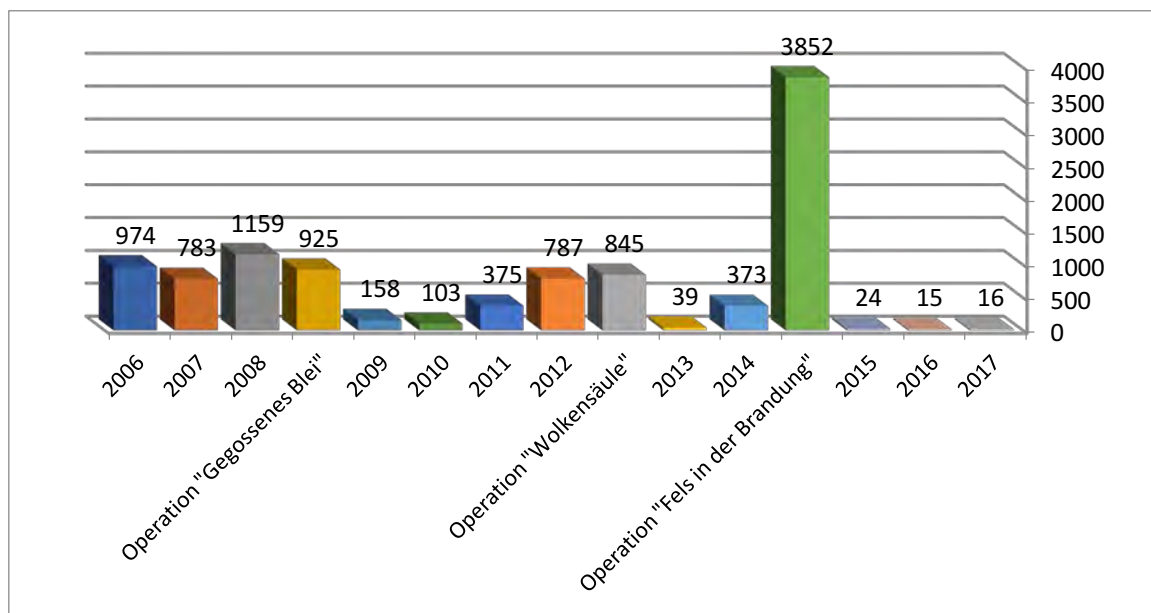
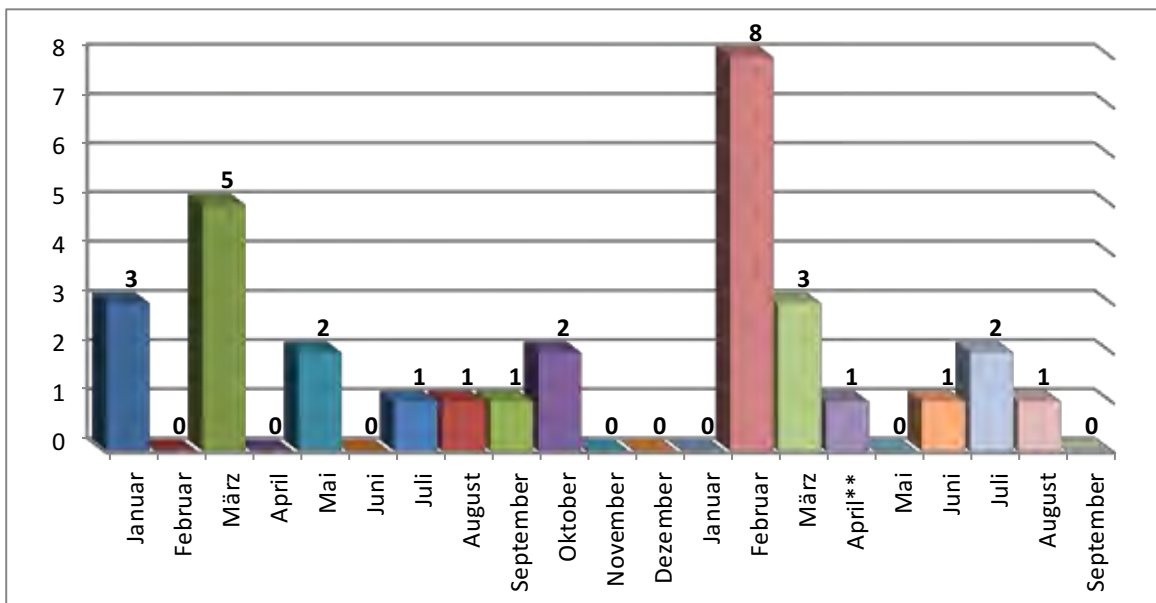
Der Süden Israels

Der Raketenbeschuss

► In der vergangenen Woche wurde kein Raketeneinschlag auf israelischem Gebiet registriert.

² Wenige Tage nach der Schließung des Senders nahmen Beamte des präventiven Sicherheitsdienstes der PA Ayman al-Kawasme fest, da er Mahmud Abbas und Rami Hamdallah wegen Schutzmangel während der Schließung des Senders durch Israel zum Rücktritt aufgerufen hatte (Twitter-Account von Omamah, 3. September 2017).

Raketeneinschläge in Israel im Monatsdurchschnitt seit Januar 2016



Der Gazastreifen

Die humanitäre Lage im Gazastreifen

- Die ökonomische Not und die Stromkrise im Gazastreifen haben während des Eid al-Adha Festes ihren Tribut gezollt. Wegen Mangel an Nachfrage gab es am Vorabend des Festes einen Rückgang an der Einfuhr von Waren. **Abdullah al-Nadschili**, PR-Leiter der Elektrizitätsgesellschaft in Rafah, berichtete, dass die ägyptischen Stromleitungen, die den Strom in den südlichen Gazastreifen leiten, am 31. August 2017 wieder in Betrieb genommen wurden (Dunia al-Watan, 3. August 2017). **Muhammad Tha'abat**, Sprecher der Elektrizitätsgesellschaft im Gazastreifen, sagte, dass während des Festes Strom im Sechsstunden-Takt geliefert werden könnte, sollten alle drei Stromquellen problemlos betrieben werden können (Schahab, 31. August 2017).
- Bei einem Treffen von **Yahya Sinwar**, Chef der Hamas und Mitglied des Politbüros der Bewegung, mit Vertretern des Geschäftssektors, betonte er die Bemühungen der Hamas, die wirtschaftlichen Probleme der Bewohner des Gazastreifens zu lösen und ihr Leiden zu lindern. Er wies darauf hin, dass die Kontakte mit Ägypten weiterhin aufrechterhalten werden und dass im Fokus der Gespräche Entwicklungsbereiche des Handels und der Wirtschaft, die Schaffung einer Freihandelszone und die Erhöhung der Zufuhr von Elektrizität in den Gazastreifen stehen (Website der Hamas, 30. August 2017).



**Yahya Sinwar während des Treffens mit palästinensischen Geschäftsleuten in Gaza-Stadt
(Webseite der Hamas, 30. August 2017)**

Die Delegation wurde von Ali al-Hajek, Vorsitzender des palästinensischen Verbands der Geschäftsleute im Gazastreifen, geleitet.

Besuch des Präsidenten des Roten Kreuzes im Gazastreifen

► **Peter Maurer**, Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, kam am 5. September 2017 über den Grenzübergang Erez zu einem kurzen Besuch in den Gazastreifen. In Gaza-Stadt traf er mit Yahya Sinwar zusammen. Zudem traf er auch Vertreter des zivilen Sektors im Gazastreifen und sah sich den Strand an, wo er die Verschmutzung des Meeres durch den Ausfluss von Abwasser aus unmittelbarer Nähe untersuchte (al-Risala, 5. September 2017).



Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Peter Maurer, trifft mit Yahya Sinwar in Gaza-Stadt zusammen (Safa Nachrichtenagentur, 5. September 2017)

Einweihung eines Kinos im Gazastreifen

► Am 26. August 2017 wurde ein Kino (namens al-Samar) **zum ersten Mal seit drei Jahrzehnten** im Gazastreifen eingeweiht. Ein paar hundert Zuschauer versammelten sich, um der ersten Kinovorführung des Films "10 Jahre" beizuwohnen, der sich **mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt aus der Perspektive der Palästinenser in den israelischen Gefängnissen befasst**. Das Kino wurde in dem ersten Kinogebäude des Gazastreifens, das 1944 gebaut und 1987 mit Ausbruch der ersten Intifada wieder geschlossen wurde, eingeweiht (AFP, 27. August 2017; Palsawa, 26. August 2017). Der Direktor der Abteilung für Kunst im Kulturministerium im Gazastreifen sagte, dass sein Büro mit der Einweihung des Kinos kein Problem habe, solange die Inhalte, die dort gezeigt werden, nicht mit den "Prinzipien und Werten der Öffentlichkeit" in Konflikt geraten (al-Istiqlal, 31. August 2017).



Links: Die Zuschauer bei der Filmvorführung; Rechts: Das Kino al-Samar (palsawa, 26. August 2017)

Eid al-Adha Fest im Gazastreifen



Yahya Sinwar empfängt anlässlich des Eid al-Adha Festes Gäste in seinem Haus in Khan Junis
(Facebook-Seite des Khan Junis Netzwerks, 2. September 2017)



Ismail Haniyya empfängt Gäste in seinem Haus im Flüchtlingslager a-Schatti im Gazastreifen.
Links: Mit Adham Abu Salmiya, Hamas-Aktivist und stellvertretender Vorsitzender des Wohlfahrtsausschusses von Deir al-Balah (Twitter-Account von Abu Salmiya, 3. September 2017)
Rechts: Mit Scheich Taha al-Astal, Vorsitzender des Versöhnungskomitees der Stadt al-Krarah (Twitter-Account von Scheich Taha Mohammad al-Astal, 2. September 2017)

Die Palästinensische Autonomiebehörde

Besuch des UN-Generalsekretärs in Judäa, Samaria und dem Gazastreifen

- ▶ UN-Generalsekretär Antonio Guterres stattete Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt einen kurzen Besuch ab. Während seines Besuchs traf er in Ramallah mit Rami Hamdallah, Premierminister der palästinensischen Nationalen Einheitsregierung, zusammen, und hielt sich auch für einen mehrstündigen Besuch im Gazastreifen auf.
- ▶ Der UN-Generalsekretär traf im Gazastreifen mit UNRWA-Mitarbeitern zusammen und bekundete seine Unterstützung für ihre Tätigkeit. Er gab zudem bekannt, dass er dem Notprogramm der UNRWA-Mitarbeiter einen Zuschuss von vier Millionen US-Dollar gewährt habe. Während seines Besuchs im Gazastreifen veranstalteten Angehörige von Gefangenen eine Protestaktion in der Nähe des Grenzübergangs Erez, da sich der Generalsekretär weigerte, sie zu treffen (al-Aqsa TV, 30. August 2017).



UN-Generalsekretär Antonio Guterres hält eine Pressekonferenz in einer UNRWA-Schule im nördlichen Gazastreifen ab (Twitter-Account des UN-Sprechers, 30. August 2017)

- ▶ In seinen Äußerungen bedauerte der Generalsekretär die humanitäre Lage im Gazastreifen und forderte die internationale Gemeinschaft auf, die Bewohner zu unterstützen (Palinfo, 30. August 2017). Er betonte zudem, wie wichtig es sei, den politischen Prozess voranzubringen, der die Bereitschaft zur Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung und die Verpflichtung allen UN-Resolutionen gegenüber beinhalten würde (Palinfo, 30. August 2017).

► Die palästinensische Nationale Einheitsregierung begrüßte den Besuch des UN-Generalsekretärs und betonte die Verantwortung der Vereinten Nationen für die palästinensische Sache. Zudem forderte sie den Generalsekretär auf, die in der UN-Charta verankerten Ideale zu verwirklichen und alle Anstrengungen zu vereinen, um eine gerechte Lösung der palästinensischen Frage zu erreichen. Die Regierung forderte auch, dass die Vereinten Nationen ihre Entscheidungen implementieren und **Israel dazu zwingen, das internationale Recht einzuhalten** (Wafa Nachrichtenagentur, 29. August 2017). Sprecher und Beamte der Hamas äußerten sich zufrieden mit dem Besuch des UN-Generalsekretärs im Gazastreifen. Zugleich äußerten sie jedoch ihren Unmut mit der Unterstützung der UNO Israels und mit der Weigerung des UN-Sekretärs, die Familien der Gefangenen zu treffen. Während seines Besuchs in Ramallah traf der UN-Generalsekretär mit einer Reihe von Familien von Märtyrern und Gefangenen in israelischen Gefängnissen zusammen. Daran nahmen **Saeb Erekat**, Sekretär des Exekutivkomitees der PLO, **Rijad Mansur**, ständiger palästinensischer Vertreter bei den Vereinten Nationen, und **Issa Karaka**, Beauftragter der PA für die Angelegenheiten der Gefangenen, teil. Die Familien riefen den UN-Generalsekretär auf, Maßnahmen zu ergreifen, um das Leben von mehr als 6.500 Gefangenen in israelischen Gefängnissen "zu retten" (Kuds.net, 29. August, 2017).



Links: Familien palästinensischer Gefangener blockieren den Konvoi des UN-Generalsekretärs bei seiner Einfahrt in den Gazastreifen (QUDSN, 30. August 2017)

Rechts: Rami Hamdallah trifft UN-Generalsekretär Antonio Guterres in Ramallah (Wafa Nachrichtenagentur, 29. August 2017)

Verurteilungen der Entscheidung Israels, eine unabhängige Behörde für kommunale Dienstleistungen in Hebron zu etablieren

- ▶ Auf eine Anweisung von Verteidigungsminister Avigdor Lieberman hin unterzeichnete der Kommandeur des Zentralkommandos ein Dekret zur Errichtung einer Zentrale für kommunale Dienstleistungen für die Bewohner der jüdischen Siedlung von Hebron. Nach dem Erlass sollen die jüdischen Bewohner von einer Behörde repräsentiert werden, die ihnen kommunale Dienstleistungen in verschiedenen Bereichen anbieten soll. Zudem soll die Behörde unabhängige Befugnisse erhalten und der Stadtverwaltung von Hebron nicht unterstellt werden.
- ▶ Die Unterzeichnung des Dekrets löste **vehemente Verurteilungen** der Palästinenser aus, die die Etablierung einer solchen Behörde im Gegensatz zu internationalen Resolutionen und als Versuch, die israelische Souveränität in Hebron zu stärken, betrachten. Das **Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Emigranten der Palästinensische Autonomiebehörde** gab bekannt, dass es sich dabei **um eine illegale Entscheidung handelt, die im Widerspruch zum internationalen Recht** und zu bestehenden Vereinbarungen steht und zudem die Bemühungen der US-Regierung, den Verhandlungsprozess wieder anzukurbeln, verachtet (Wafa Nachrichtenagentur, September 3, 2017). Dutzende Palästinenser veranstalteten eine **Protestkundgebung in der Altstadt von Hebron** (Kuds.net, 3. September 2017).



Eine Demonstration in Hebron von einer Gruppe, die sich "Jugend gegen die Siedlungen" nennt

Links: Foto von der Facebook-Seite des Netzwerks Hebron, 3. September 2017)

Rechts: Foto von der Facebook-Seite von "Jugend gegen die Siedlungen", 3. September 2017

- Im Folgenden einige Kommentare:
- ◆ **Saeb Erekat**, Generalsekretär des Exekutivkomitees der PLO, rief die internationale Gemeinschaft unter der Führung der Vereinigten Staaten, der Europäischen Union, den Vereinten Nationen und Russland auf, sofortige und zweckmäßige Maßnahmen zu ergreifen, um Israel zu zwingen, die Entscheidung rückgängig zu machen. Er rief zudem dazu auf, den Siedlungsbau zu stoppen und Israel wegen der "Verbrechen gegen das palästinensische Volk und gegen das Völkerrecht" zu verklagen (Wafa Nachrichtenagentur, 3. September 2017).
 - ◆ **Jusef al-Mahmud**, Sprecher der palästinensischen nationalen Einheitsregierung, sagte, dass das "Siedlungsprojekt" der israelischen Regierung **jegliche Chance für die weitere diplomatische Aktivität verweigert habe und endgültig die internationalen Bemühungen liquidiert, die in deren Rahmen unternommen werden** (Wafa Nachrichtenagentur, 4. September 2017).
 - ◆ **Osama al-Kawasmi**, Sprecher der Fatah, sagte, dass die israelische Entscheidung ein ernstes Vergehen sei, "alle internationalen Abkommen zersprengt" **und faktisch ein Apartheid-Regimes etabliert**. Zudem sagte er, dass dies ein Versuch sei, innerhalb des Herzens von Hebron und seiner Altstadt eine Trennung zu etablieren, und den Komplott auszuführen, Hebron zu judaisieren. Er forderte, sofort auf allen offiziellen, populären, rechtlichen und diplomatischen Ebenen zu agieren und rief die internationale Gemeinschaft auf, unverzüglich zu handeln (Wafa Nachrichtenagentur, 2. September 2017).
 - ◆ **Kamel Hamid**, Distriktgouverneur von Hebron, sagte, dass die Entscheidung Israels, den Siedlern in Hebron eine eigene Verwaltungsbehörde einzurichten, die gefährlichste Entscheidung seit 1967 sei, da sie auf den Weg zur Einführung der israelischen Souveränität und Störung jeglicher politischen Ordnung in der Region verweist. Seinen Angaben nach würde dies zu einem Chaos und zur Instabilität in ganz Judäa und Samaria führen. Zudem stehe die Entscheidung im Widerspruch zum Völkerrecht und spiegelt den Extremismus der "Besatzungsregierung" wider (Wafa Nachrichtenagentur, 2. September 2017).
 - ◆ **Abd al-Latif al-Kanua**, ein Sprecher im Namen der Hamas, sagte, dass die Entscheidung, den Siedlern die Etablierung einer unabhängigen Behörde für kommunale Dienstleistungen in Hebron zu ermöglichen, **als Straftat und als**

"Überschreitung der roten Linien" zu betrachten sei. Er machte Israel für die Ergebnisse der Entscheidung verantwortlich und rief die internationale Gemeinschaft und die Vereinten Nationen auf, Druck auf Israel auszuüben, um diese "Verbrechen" zu stoppen (Webseite der Hamas, 4. September 2017).

Erklärung am Rande des Besuchs der US-amerikanischen Delegation zur Ankurbelung des Friedensprozess

► **Mohammad Ischtajeh, Mitglied des Zentralkomitees der Fatah, sagte,** dass den Palästinensern mehrere Möglichkeiten zur Verfügung stehen, sollten die Amerikaner nicht die palästinensischen Forderungen bei der Vermittlung des Friedensprozess erfüllen. Die an erster Stelle stehende Möglichkeit sei, eine innerpalästinensische Versöhnung zu erreichen. Dieser Weg, so sagte er, würde unter anderem zu einem Treffen des Palästinensischen Nationalrates und zur Formulierung einer neuen Handlungsstrategie führen. Ihm zufolge gibt es zwei Rollen im Vermittlungsprozess: die verbindende, die die Parteien zum Verhandlungstisch bringt, und die ankurbelnde, die zudem klare Lösungen anbietet. Seinen Worten zufolge wissen die Palästinenser noch nicht, welche dieser beiden Rollen die USA bei den Verhandlungen mit Israel zu spielen gedenken. Seinen Worten nach wurde vereinbart, dass die US-Delegation weiterhin Diskussionen und Treffen zur Formulierung einer diesbezüglichen Stellungnahme, ohne einen Zeitplan zu definieren, führen wird. Bezüglich des **Einfrierens der Sicherheitsabstimmung mit Israel** sagte Ischtajeh, dass seines Wissens nach dieser Zustand weiterhin besteht und dass diese Entscheidung zugunsten des palästinensischen Volkes wegen der israelischen Maßnahmen in Jerusalem vorgenommen wurde. Er betonte, dass die Palästinenser "nicht rückwärts gehen wollen" (al-Quds, 30. August 2017).

Palästinensischer Versuch, ein israelisches Gipfeltreffen mit afrikanischen Ländern zu vereiteln

► Am 23. Oktober 2017 soll zum ersten Mal ein israelisch-afrikanisches Gipfeltreffen in Togo stattfinden. Während des Treffens soll Israels Premierminister Benjamin Netanjahu mit den Oberhäuptern afrikanischer Länder zusammentreffen und mit ihnen Zusammenarbeitsmöglichkeiten erörtern. Dabei stellte sich heraus, dass palästinensische Elemente sich darum bemühen, das Treffen zu torpedieren. In diesem Zusammenhang sagte **Ahmed Madschalani**, Mitglied des Exekutivkomitees der PLO, dass die palästinensische Führung die Möglichkeiten prüft, die Einberufung des Gipfels, der als "Teil des israelischen

Plans, seinen Einfluss in den afrikanischen Ländern zu erweitern" zu betrachten sei, zu verhindern. Seinen Worten zufolge habe sich **Mahmud Abbas** bereits an den türkischen Ministerpräsidenten Tayyip Erdogan gewandt und ihn gebeten, Druck auf die muslimischen afrikanischen Länder auszuüben, sich nicht am Gipfel zu beteiligen und jegliche Normalisierung mit Israel zu vermeiden. Zudem wies er darauf hin, dass Gespräche mit leitenden Beamten in arabischen Ländern, wie beispielsweise in Kuwait und Saudi-Arabien, angesichts des Einflusses dieser Länder auf eine Reihe von afrikanischen Ländern, geführt werden (Dunia al-Watan, 1. September 2017).